

Zur Persistenz räumlicher Strukturen - am Beispiel der Stadtentwicklung im (ost-)deutschen Transformationsprozess

Strubelt, Wendelin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Strubelt, W.e. (2015). Zur Persistenz räumlicher Strukturen - am Beispiel der Stadtentwicklung im (ost-)deutschen Transformationsprozess. *Informationen zur Raumentwicklung*, 5, 499-518. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:ssoar-65362-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Zur Persistenz räumlicher Strukturen am Beispiel der Stadtentwicklung im (ost-)deutschen Transformationsprozess

Wendelin Strubelt

Trotz mehr als 40 Jahren getrennter Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik blieb ein Netz an Beziehungen und gegenseitigen Abhängigkeiten über die beiden deutschen Staaten hinweg wirksam. Derartige Verknüpfungen finden sich auf der Ebene der Individuen, ihren Erinnerungen, ihren Gewohnheiten, ihrem alltäglichen Tun, ihren Erwartungen an Dinge, Orte, Situationen oder andere Menschen sowie in Organisationsformen oder in Normierungen. Vor allem von Menschen gestaltete Räume scheinen in ihren Strukturen starke Persistenzen zu speichern. Am Beispiel der Stadtentwicklung im Osten der geeinten Republik wurden auf verschiedenen Ebenen solche nach wie vor geteilten Zusammenhänge und Gemeinsamkeiten sichtbar und erfahrbar. Der folgende Beitrag zeichnet die ersten Jahre nach der Wende im Osten der Republik in Bezug auf die ablaufenden Stadtentwicklungsprozesse nach.

1 Als der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl nach der Wiedervereinigung Deutschlands den neuen Ländern „blühende Landschaften“ prophezeite, bezog er dies sicherlich nicht auf deren bebaute Wirklichkeit in Stadt und Land, sondern dachte mit seiner Metapher eher an deren wirtschaftliche Entwicklung. Galt doch die Gestalt und insbesondere der Erhalt der bebauten Umwelt in den Städten als ein äußerst problematisches Erbe: Dessen Erhalt galt einerseits gerade in den Innenstädten als historisches Pfund, während andererseits die Neubauten nach 1945 – insbesondere die Neubaugebiete in Plattenbauweise – eher als ein baulicher Ballast angesehen wurden. Inzwischen hat vielerorts die Sanierung der Innenstädte alte deutsche städtebauliche Kleinodien wiederbelebt, und die Modernisierung der Plattensiedlungen – vielfach verbunden mit einem teilweisen Abriss – hat deren Wohnwert gesteigert, es entstanden durchaus lebendige Stadt- und Wohnstrukturen. Demgegenüber kann in vielen Teilen Ostdeutschlands noch nicht davon gesprochen werden, dass es sich um wirtschaftlich blühende Regionen des geeinten Deutschlands handle. Die Transformationsprozesse sind hier eigentlich noch nicht abgeschlossen. Allerdings kann festgestellt werden, dass an Orten, in denen persistente Strukturen insbesondere hinsichtlich des Human Capital vorhanden waren, wieder

lebensfähige Städte entstanden sind, während in anderen zwar die persistenten Baustrukturen wiederbelebt wurden, diese aber noch nicht in allen Fällen mit einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung verbunden sind.

Meine folgenden Ausführungen beruhen auf einer Expertise, die ich auf Grund meiner Erfahrungen mit der Entwicklung von Städten und Regionen während des Transformationsprozesses in Ostdeutschland gemacht habe. Sie wurde für das *Korean Research Institute for Human Settlement* (KRIHS) erstellt, das im Hinblick auf eine mögliche Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten an Erfahrungen aus der deutschen Wiedervereinigung sehr interessiert ist.

2 Ich muss jedoch etwas ausholen und auf die Entwicklung der *Deutschen Demokratischen Republik* (DDR) und ihre Beziehungen oder eher Nichtbeziehungen zur *Bundesrepublik Deutschland* (BRD) eingehen, um das historisch bedingte Geflecht der Beziehungen und gegenseitigen Abhängigkeiten als wichtige Rahmensetzung für die Raumentwicklung der DDR und der BRD vor und nach der Wiedervereinigung herauszustellen. Dies ist nicht zuletzt deshalb

Dr. Wendelin Strubelt
war bis 2008 Vizepräsident und Professor des BBR, zuvor Leiter der BfLR. Er ist Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.
strubelt@uni-bonn.de

wichtig, weil ich mit dem französischen Soziologen Paul Henry Chombart de Lauwe die Meinung teile, dass die Gestalt des Raumes in den Boden gebrannte gesellschaftliche Strukturen reflektiert. Raum- wie Stadtentwicklung spiegeln sowohl unsere heutige Gesellschaft als auch andere historische Schichten, also frühere gesellschaftliche Konstellationen wider. Diese sind teilweise offensichtlich – wie etwa ein Blick auf Städtegrundrisse erkennen lässt. Sie sind aber auch Teil unserer Überlieferung, unserer gesellschaftlichen Tradition – wie sie etwa im Grundgesetz zu finden sind oder in den Zehn Geboten samt all der damit verbundenen Ausführungsvorschriften oder ethischen Orientierungen. All dies sind Teile unserer gesellschaftlichen Ordnung, die sowohl über die Zeit persistent sind als auch sich kontinuierlich wandeln können. Letzteres vollzieht sich in aller Regel eher in kleinen Schritten, selten als revolutionärer Umbruch. So wie es Ende des Zweiten Weltkrieges keine eigentliche „Stunde Null“ gab, so hat es nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der damit verursachten deutschen Wiedervereinigung keine revolutionären Veränderungen gegeben, sondern eher gesellschaftliche Anpassungen oder Transformationen, um den wissenschaftlichen Terminus *technicus* zu verwenden. So sind Raum- und Stadtentwicklung in einem dialektischen Verhältnis zur gesellschaftlichen Entwicklung eines Landes, eines Territoriums – früher und gegenwärtig, also über die Zeit – stehend zu sehen und zu verstehen.

Wir haben davon auszugehen, dass der Raum, in dem wir leben, zwar auch ein Naturraum ist, der noch nicht völlig vom Menschen gestaltet ist und immer noch von der Natur und ihren Gesetzen bestimmt wird – auch wenn das allenfalls bei sogenannten Naturkatastrophen bemerkbar wird. Aber ansonsten ist der größte Teil der Welt mehr oder weniger Kulturraum, also von menschlichem Wirken geprägt. Überhaupt ist der Anteil der Folgen menschlichen Wirkens und Gestaltens immer dominanter geworden, weshalb zunehmend auch der Mensch als der hauptsächlich Verantwortliche für die derzeitige und vor allem zukünftige Gestalt der Erde bezeichnet wird. Wir leben im menschengemachten Raum, in von Menschen über lange Zeiträume gestalteten Kulturlandschaften – mehr als wir es

uns vorstellen. Auch wenn wir die Städte als die deutlichsten Konfigurationen menschlichen Handelns und Wirkens verlassen, begeben wir uns nicht in die Natur, sondern verbleiben in von Menschen geprägten Räumen. Deshalb sprechen wir inzwischen sogar davon, dass die erdgeschichtliche Epoche, in der wir leben, das Anthropozän ist. In einem anderen Zusammenhang habe ich deshalb von einem „gebändigten Raum“ gesprochen.

Diese menschlich/gesellschaftliche Prägung reicht zeitlich weit zurück. Manche Entwicklungen oder Zustände sind heute nur noch mit archäologischen Methoden zu erkennen und zu sichern, um die Herkunft des Menschen, die Entwicklung von Gesellschaften, kleiner wie größer, die uns auch heute noch prägen, zu analysieren und darzustellen, als Teil eines gemeinsamen Erbes. Andere sind bis heute präsent, sichtbar, prägen unsere Umwelt und ihre Wahrnehmung, prägen und prägen bis heute unsere Alltagskultur. Seien es Bauten wie der Kölner Dom, die Bändigung des Rheins oder die Folgen des Rheinischen Braunkohlereviers – um nur baulich-physische Beispiele aus meiner nächsten räumlichen Umwelt zu nennen. Aber jeder kennt aus seiner Umwelt ähnliche Beispiele. Wissenschaftlich ausgedrückt handelt es sich um persistente Strukturen oder Faktoren, um nachhaltige Prägungen, mit denen und in denen wir leben, mit denen wir umzugehen und zu rechnen haben. Dabei handelt es sich jedoch nicht nur um physische Ausprägungen, um bauliche Formen, sondern gleichermaßen sind es soziale, gesellschaftliche Prägungen, die an uns weitergereicht werden durch Sozialisation oder durch die Kontinuität von sozialen Lagen, Schichtungen oder Herkommen. Hinter diesen Begrifflichkeiten stehen soziale Tatbestände, die die Struktur einer Gesellschaft, ihr Funktionieren lang anhaltend prägen. Selbstverständlich unterliegen auch diese einem Wandel, einem langsamen oder plötzlichen, gewissermaßen zwischen Anpassung und revolutionären Umbrüchen angesiedelt. Aber dieser Wandel baut auf dem Vorherigen auf oder stellt es antithetisch infrage. Soziale oder gesellschaftliche Persistenz kann sich also konservativ wie revolutionär entwickeln oder wandeln. Jede gesellschaftliche Synthese, jeder Neuanfang ist in der einen oder anderen Form ein Re-

flex auf das Vorhergehende, weshalb es ratsam ist, sich dieser früheren Stufen oder anhaltenden Kontinuitäten auch analytisch zu vergewissern, um die jeweilige Gegenwart zu verstehen und zukünftige Entwicklungen abschätzen zu können.

Und noch ein dritter Bereich, der mit dem gesellschaftlichen eng verflochten ist, ist zu benennen: die Kontinuität der geistigen Potenziale der Menschheit, ob isoliert oder im Austausch verbunden. Gedanken und Vorstellungen, Ideen und Werte werden tradiert, sie entwickeln und wandeln sich, manche sind durchgängig persistent. Wir stehen in einer Reihe, bauen auf dem Denken anderer auf, variieren es, entwickeln uns weiter – wobei man nicht so weit gehen muss, wie es Robert Merton ausgedrückt hat, dass wir alle heute nur Zwerge sind, die auf den Schultern von Riesen stehen. Aber wir haben in physischer, gesellschaftlicher wie ideengeschichtlicher Hinsicht von persistenten Strukturen auszugehen, die uns prägen, die wir aufnehmen, auch selbst gestalten können, aber selten völlig neu erfinden. Wir stehen in einer Kette von Überlieferungen, denen wir uns zu stellen, mit denen wir zu rechnen haben, auf die wir aufbauen können, gerade wenn sich unerwartete Entwicklungen ergeben.

Für die deutsche Situation um 1989/1990, davor sowie danach, stellte sich deshalb auch die Frage, ob die Entwicklung der DDR und die der BRD seit 1945/1949 zu völlig anderen Systemen und Einstellungen sowie räumlichen Konstellationen in Stadt und Land geführt haben? Und falls ja, wie und wo? Welche Gemeinsamkeiten aus der Situation des Deutschen Reiches vor 1945 blieben bestehen, welche änderten sich oder wurden gezielt verändert? Und welche Konstellationen tauchten nach 1989 und im Laufe des Transformationsprozesses wieder auf, erwiesen eine oft unerwartete Persistenz – positiv wie negativ?

3 Der Fall der Berliner Mauer im November 1989 leitete innerhalb sehr kurzer Zeit die deutsche Wiedervereinigung ein. Sie wurde zum 3. Oktober 1990 effektiv, national wie international. Damit endete die Teilung Deutschlands, das nach der Niederlage Nazi-Deutschlands 1945 aufgeteilt

worden war: zuerst in vier Besatzungszonen der Länder USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion bei gleichzeitiger Abtretung weiter Gebiete im Osten an Polen und zu einem kleineren Teil an die Sowjetunion und nach 1949 in die beiden deutschen Teilstaaten BRD und DDR. Die Wiedervereinigung geschah unter Zustimmung aller früheren Besatzungsmächte und war verbunden mit dem endgültigen deutschen Verzicht auf die früheren deutschen Gebiete in Polen und in der Sowjetunion. Die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands war formell ein Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Damit war ein zumindest in der BRD immer noch verbal verfolgtes politisches Ziel – das der Wiedervereinigung Deutschlands – erreicht, das während des Kalten Krieges zu verwirklichen fast nur noch als utopisch, wenn nicht gar als unreal angesehen worden war. So wurde Mitte der 1970er-Jahre unter der sozialliberalen Koalition Willy Brandts das gesonderte Ministerium, das sich mit einer möglichen Wiedervereinigung befassen sollte – das ursprünglich als Ministerium für gesamtdeutsche Fragen firmierte und in der Großen Koalition schon in Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) umbenannt worden war – ersatzlos aufgelöst.

Seitdem verfolgte man zwar weiterhin – insbesondere wissenschaftlich – das gesellschaftliche und politische Geschehen in der DDR. Beide deutschen Länder waren seinerzeit mit einer eigenen Vertretung in Ost-Berlin respektive Bonn vertreten – wohlgemerkt in der Form einer ständigen Vertretung, ähnlich wie eine Botschaft, aber eben nicht mit deren staatsrechtlicher Stellung. Aber die deutsche Einheit war eigentlich kein politisches Thema mehr, sondern es ging um die Ausgestaltung eines friedlichen, geordneten Nebeneinanders. Auch als sich erste Risse im festen Gefüge des Ostblocks zeigten, war dies in beiden deutschen Staaten anfänglich kein Thema. Erst durch die Proteste in der DDR („Wir sind das Volk“), die im Oktober 1989 begannen, wurde die Einheit Deutschlands wieder eine realistische Perspektive.

Mit der Wiedervereinigung wurde zugleich das Ende der DDR eingeläutet, die seit ihrer Gründung 1949 bestrebt war, als eigenstän-

diger Staat völkerrechtlich anerkannt zu sein – nicht nur von den kommunistischen Staaten des Warschauer Paktes. Dem hatte sich die BRD lange Zeit vehement widersetzt. Mit ihrer Politik der Westintegration (Stichworte: Europäische Gemeinschaft; Beitritt zur NATO) verbaute die BRD bewusst – wenn auch öffentlich nicht so formuliert – die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung unter dem von der Sowjetunion angestrebten Ziel einer Neutralität Deutschlands, wie sie für Österreich vereinbart worden war und wie sie in Finnland praktiziert wurde. Eine sogenannte Finnlandisierung wurde als die schlechteste aller Zukunftsmöglichkeiten angesehen. Allerdings gelang es der BRD durch Wiedergutmachungen und mehr oder weniger durch das Aufarbeiten der Verbrechen des NS-Regimes, ein zunehmend anerkannter Partner der westlichen Völkergemeinschaft zu werden, nicht zuletzt wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, die in der Auseinandersetzung mit dem Ostblock (Kalter Krieg und Korea-Krise) gebraucht wurde.

Demgegenüber stellte sich die DDR bewusst nicht in die Kontinuität deutscher Geschichte. Sie betrachtete sich als ein Land mit völlig neuem staatlichen Anfang, zurückgreifend auf die revolutionären Anfänge der Weimarer Republik nach dem Ende des Kaiserreichs 1918. Ähnlich stellte sich das andere deutschsprachige Land – nämlich Österreich – außerhalb einer deutschen historischen Kontinuität, indem es sich als das erste staatliche Opfer NS-Deutschlands bezeichnete. Es war das Ziel der DDR, auch außerhalb des Ostblocks als eigener Staat international anerkannt zu werden. Dagegen stand in den Zeiten des Kalten Krieges das explizite Ziel der BRD, den Erfolg dieser Bestrebungen durch eine Blockadepolitik zu verhindern.

Erst in den 1970er-Jahren wurde durch die sozialliberale Koalition eine Politik des „Wandels durch Annäherung“ betrieben. Diese war bereits Anfang der 1960er-Jahre von Egon Bahr und Willy Brandt konzipiert, aber von den damals noch herrschenden bürgerlichen Kräften der CDU/CSU als ein Verzicht auf deutsche Interessen angesehen worden. Erst unter der Kanzlerschaft Willy Brandts wurde eine Aussöhnungspolitik auch gegenüber den Ländern östlich von Deutschland, insbesondere gegenüber

Polen, verwirklicht und der Status quo der Koexistenz von zwei deutschen Staaten zu einer politischen, wenn auch noch nicht zu einer völkerrechtlichen Position. Damit waren eigentlich auch jegliche Überlegungen, wie eine Wiedervereinigung bewerkstelligt werden könnte, ad acta gelegt. Anders ausgedrückt, es existierten dafür zum Ende der 1980er-Jahre keine irgendwie gearteten politischen Strategien oder Pläne.

Der Reformprozess in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow und parallel dazu der gesellschaftliche und politische Wandel in Polen (Stichworte: Polnischer Papst und Gründung der Gewerkschaft Solidarität) brachten das sowjetische Machtsystem ins Wanken. Allerdings dauerte es einige Zeit, bis sich dies auch in der DDR auswirkte, denn die in der DDR maßgebenden politischen Kräfte erwiesen sich fast bis zuletzt als sehr strukturkonservativ.

4 Es waren im Wesentlichen drei Faktoren, die das politische System der DDR dann doch ins Wanken brachten:

- Nach der Abschottung der DDR durch den Bau der Berliner Mauer im August 1961 war es zum einen die steigende Zahl von Ausreisewilligen, die eine wachsende Ablehnung des politischen Systems signalisierte. Da die Zugänge zu Informationen kaum kontrollierbar waren, wussten die Menschen in der DDR – vornehmlich über Fernsehen, aber auch über Rundfunk – relativ gut Bescheid über die Situation der BRD und ihre besseren Lebensbedingungen.
- Zum anderen waren es die wachsenden Schwierigkeiten der ostdeutschen Wirtschaft, die international außerhalb des Ostblocks kaum konkurrenzfähig war – nicht zuletzt wegen ihrer strukturell geringeren Produktivität.
- Vor allem aber gab es auch innerhalb der DDR eine wachsende kritische Einstellung in intellektuellen Kreisen, insbesondere im Umfeld der evangelischen Kirche. Diese waren einerseits beeinflusst durch die europäische und internationale Friedensbewegung und andererseits durch eine zunehmende Kritik an der Umweltsituation in der DDR.

Die Abschottungspolitik der DDR-Führung führte langsam aber sicher zu einem Bruch der Intelligenz mit dem politischen System: Nachdem über den kritischen Sänger und Dichter Wolf Biermann bereits 1965 ein totales Auftritts- und Publikationsverbot verhängt worden war, erfolgte 1976 seine Ausweisung. Das Image der DDR, die – insbesondere bei den links orientierten Intellektuellen, die nach 1945 bewußt die DDR als neue „Heimat“ gewählt hatten –, als das politisch fortschrittlichere System im Vergleich zur BRD, die personell lange Zeit als in der Kontinuität des NS-Regimes stehend angesehen wurde, verlor angesichts der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit zunehmend an „Glanz“. Dazu trugen auch die 1968er-Bewegungen und die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und Helmut Schmidt bei.

Insbesondere gab es eine wachsende Kritik an der Realität der Stadtentwicklung – nicht nur in großen Städten wie Ost-Berlin oder Leipzig, sondern auch in vielen kleineren Orten. Deren baulicher Zustand war ein wesentlicher Grund für die zunehmende Kritik am herrschenden System. Die Kritik in diesen Kreisen lief nicht auf eine direkte Übernahme der westlichen Überzeugungen und Vorstellungen hinaus, sondern war eher einer Suche nach einem „dritten Weg“ – zwischen Kapitalismus und Sozialismus – verpflichtet. Interessanterweise gab es diese Kritik auch unter den städtebaulichen und sozialwissenschaftlichen Experten für Städtebau und Stadtentwicklung der DDR. Sie wurde allerdings nur intern artikuliert, drang nicht nach außen, weshalb diese Kritik und die sie tragenden Personen auch nicht zu wirklichen, d. h. erkennbaren, Akteuren des politischen und gesellschaftlichen Wandels wurden. Dies sollte für diese Experten nach der Wiedervereinigung direkte Folgen haben, indem sie in aller Regel nicht mehr in Positionen des neu formierten öffentlichen oder wissenschaftlichen Bereichs gelangten. Sie wurden mehr oder weniger ausgegrenzt, ganz im Unterschied zu den meisten Experten aus der NS-Zeit, die in der BRD nach 1945 – manche nach einer gewissen Karenzzeit – fast nahtlos ihr Wirken fortsetzen konnten.

Der Zustand der Stadtentwicklung, die Kritik an den baulichen Zuständen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Rah-

menbedingungen der DDR zum Ende der 1980er Jahre waren also ein wesentlicher Anstoß für gesellschaftlichen Wandel und politische Veränderungen. Um es in einem damals kursierenden Witz zusammenzufassen: Die Berliner Mauer ist nicht wegen der schlechten Qualität des Betons eingefallen, sondern wegen des Drucks von innen.

5 Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), aus der ab 1949 – in Reaktion auf die Gründung der BRD aus den drei Besatzungszonen der westlichen Alliierten – die DDR entstand, hatte sich wie die BRD in der Nachkriegszeit der Notwendigkeit des Wiederaufbaus – insbesondere im Bereich der Wohnungsversorgung – zu stellen. Dies wurde durch die Aufnahme der Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Gebieten noch dringender. Außerdem war die SBZ die einzige Besatzungszone, die von Reparationsmaßnahmen größeren Ausmaßes betroffen war, in ihrem Fall zugunsten der Sowjetunion. Auch war sie durch die Zonengrenze, die ab 1949 immer mehr zu einer befestigten Grenze wurde, von wichtigen wirtschaftlichen und verkehrlichen Verbindungen, wie sie im Deutschen Reich bestanden hatten, abgeschnitten. Sie musste gewissermaßen ein neues räumliches Gefüge für das Land als Ganzes schaffen, insbesondere für die einzelnen Städte in einem neuen Städtesystem.

„Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt ...“ – diese ersten Worte der neuen Nationalhymne, verfasst von Johannes R. Becher, mussten in der DDR gewissermaßen auch räumlich umgesetzt werden. Der Wiederaufbau der Städte, der auch als ein gesellschaftlicher Neuaufbau verstanden werden sollte, konnte einerseits auf sowjetische Vorbilder (stalinistischer Zuckerbäckerstil) zurückgreifen. Andererseits wurde anfänglich aber auch versucht, eine *Architektur nationaler Tradition* als Ansatz einer bewussten Übernahme nationaler und regionaler Baukultur zu entwickeln. Beispiele dafür sind die Stalin-Allee in Berlin, Bauten in Rostock, das zudem zu einem nationalen Überseehafen ausgebaut wurde, oder Wohnbauten in Leipzig. Die Wohnungen – etwa in der Stalinallee – hatten einen eher bürgerlichen Zuschnitt, der nun auch

den Arbeitern zugänglich gemacht werden sollte. Dies blieb häufig aber nur Anspruch.

Es gab in der DDR von Anfang an Beispiele des Wiederaufbaus, die sich an den Zielen der Moderne orientierten, wie sie in der *Charta von Athen* (1933) niedergelegt worden waren – ähnlich wie in der BRD und auch weltweit. Angelehnt an Gedanken Le Corbusiers wurde darin eine konsequente städtebauliche Trennung der Grundfunktionen von Arbeiten, Wohnen und Erholen gefordert und konzipiert. Am konsequentesten ist dies wohl in Magdeburg umgesetzt worden – durch große, breite Boulevards, eingerahmt von großen Wohnblöcken und umgeben von großzügigen Grünflächen. Dies war der bewusste Gegensatz zu den durchmischten Stadtteilen der Gründerzeit, die nicht zuletzt wegen dieser Mischung zwar eine urbane Vielfalt ausstrahlten, aber gleichzeitig auch städtisches Elend der Arbeiter bei den Wohnverhältnissen aufwiesen. Insofern griffen die Architekten und Städteplaner der DDR neben regionalen Bautraditionen auch die sozialreformerischen Zielsetzungen der Zwischenkriegszeit auf. Sie stellten ihre nun sozialistisch genannten Ziele in diese Tradition in bewusster Absetzung gegenüber den als bürgerlich bezeichneten Stadtteilen der Gründerzeit. Allerdings konnte auf deren Wohnungsbestand – sofern er die Zerstörungen des Weltkrieges überstanden hatte – nicht verzichtet werden. Allerdings wurden diese Bestände baulich nicht gepflegt, geschweige denn saniert, wie es im Laufe der Zeit in der BRD der Fall gewesen ist. Wo sie nicht mehr gehalten werden konnten, wurden sie abgerissen und durch Häuser ersetzt, die in industrieller Bauweise errichtet wurden – anfangs noch baulich angepasst, später häufig nur noch unter Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit gestaltet. Dies geschah in Plattenbauweise mit industriell vorgefertigten Betonplatten. Diese Bauweise kam gleichermaßen auch bei Planung und Bau von neuen Wohnsiedlungen am Rande der Städte zum Einsatz. So entstanden größtenteils in Hochhausbauweise Wohnmaschinen, die zwar eine relativ hohe Wohnqualität hatten (insbesondere Küche und Bad mit fließend warmem und kaltem Wasser sowie Zentralheizung), aber kaum Anklänge an die urbane Qualität der alten Stadtstrukturen aufwiesen. Sie wurden jedoch wegen der Wohnqualität gegenüber den nicht moder-

nisierten Altbauwohnungen immer stärker nachgefragt. Die Vergabe dieser Neubauwohnungen wurde des Öfteren zu einem gesellschaftlichen Verteilungsakt. Es entstanden – ähnlich wie in anderen Ländern des Ostblocks – Satellitenstädte, die nicht ohne Absicht einen bewussten gesellschaftlichen Gegensatz zu den alten Stadtstrukturen bilden sollten. In der DDR war Halle-Neustadt eines der bekanntesten Beispiele. Es wurde von Anfang an intensiv propagandistisch begleitet.

Da die Neubaugebiete keine individuellen Grünflächen erlaubten, entwickelte sich in der DDR – aufbauend auf die Schrebergärten der Gründerzeit, die damals den Ersatz für fehlendes Grün in den dicht bebauten Wohngebieten liefern sollten – jetzt eine Freizeitkultur im Grünen als individueller Verwirklichungsraum gegenüber den Großsiedlungen und ihren weiten, sie umgebenden Grünflächen. In Anlehnung an die in der Sowjetunion weit verbreitete Kultur des Ferienhäuschens im Grünen im Umfeld der Städte – den Datschen – verbreitete sich in der DDR Ähnliches. Es entstand eine Datschenkultur. Sie erlaubte ein Maß an räumlicher Individualität, individueller Freiheit, Eigengestaltung und Besitz, sie schuf und erlaubte gesellschaftliche Nischen, wenn nicht gar eine individuelle und politische Rückzugskultur. Solches war sonst im Bereich des Wohnens in den Städten – zumal unter dem vorgegebenen Ziel der sozialistischen Lebensweise – kaum oder sogar eher nicht möglich. Die Wohnungen in den Neubaugebieten wurden zudem nur vermietet. So entstand ein deutlicher Unterschied zu den ländlichen Gebieten, in denen sich privates Eigentum trotz aller Sozialisierungsbemühungen bei der Kollektivierung (Kolkchosisierung) der Landwirtschaft erhalten konnte.

6 Gänzlich anders verlief die Entwicklung in der BRD, in der sich im Zuge des „Wirtschaftswunders“ mit dem Anwachsen des privaten Wohlstandes – intensiv gefördert durch steuerliche Subventionen – der säkulare Trend der Suburbanisierung entwickelte. Vorangetrieben wurde dieser Trend durch den Bau von Eigenheimen, insbesondere Einfamilienhäusern, was zunehmend auch als ein Problem der Siedlungsstruktur

angesehen wurde. Der Suburbanisierung des Wohnens folgte eine entsprechende der Industrie- und Gewerbebetriebe. Allerdings gab es auch in der BRD von Anfang an Großsiedlungen, die guten und erschwinglichen Wohnraum für breite Bevölkerungskreise zur Verfügung stellen sollten. Aus Gründen, die hier nicht vertieft zu erörtern sind, wurden diese häufig zu städtebaulichen Problemgebieten, zu sozialen Brennpunkten, nicht zuletzt wegen ihrer sozialen Zusammensetzung, aber auch durch gesellschaftliche Stigmatisierungsprozesse.

Dies war in der DDR nicht der Fall, denn deren Neubaugebiete waren wegen der Qualität der Wohnungen begehrt. Dort wohnten die in der Gesellschaft Erfolgreichen. Durch die Konzentration des Wohnungsbaus auf die Neubaugebiet am Rande der Städte bei gleichzeitiger Vernachlässigung des Altbaubestandes in den Stadtkernen, die Verlagerung der Erholungsfunktion auf die Datschen im Umfeld der Städte sowie das Vorhandensein oder die Platzierung der meisten Industriearbeitsplätze in den Randbereichen der Städte entstand in der DDR eine ganz spezifische Stadtstruktur: Das soziale Leben spielte sich im Alltag – auch am Wochenende – hauptsächlich außerhalb der Innenstädte ab. Wohnen, Arbeiten und Erholen legten sich als städtische Lebenswirklichkeit um die alten Stadtstrukturen herum. Zwar waren diese noch vorhanden, wurden ansatzweise auch durch neue angepasste Plattenbauten ergänzt. Die Stadtmitte war in vielen Fällen noch das Zentrum des gesellschaftlichen (öffentliche Verwaltungen), kulturellen (Theater etc.) und spirituellen/religiösen (Kirchen) Lebens, denn in den Neubaugebieten gab es keine kirchlichen Neubauten. Aber für einen großen Teil der Bevölkerung spielte sich ihr privates und gesellschaftliches Leben außerhalb der alten Stadtmitte ab. Dies hatte zur Folge, dass bis auf wenige Fälle der Sanierung einzelner Straßen oder besonderer baulicher Objekte – zu nennen wären etwa einzelne Prestigeobjekte in Berlin (Nicolai Viertel oder Husemannstraße auf dem Prenzlauer Berg), teilweise auch welche in Leipzig und Dresden – die Innenstädte der DDR von Zerfall bedroht waren und vor dem drohenden Abriss standen (z. B. Erfurt). So war es der DDR zwar gelungen, im erheblichen Umfang neue Wohnungen zu schaffen, auch wenn die Standards durch

ökonomisch bedingte Rationalisierungen immer mehr vom Anspruch der Bereitstellung bürgerlicher Wohnkultur für die „Arbeiter und Bauern“, wie etwa in der Stalinallee, abrückte. So drohte in ihren Städten ein Niedergang städtischer Wohnkultur alter bürgerlicher Prägung – wohl nicht ohne politische Absicht. Allerdings waren viele der nicht sanierten Altbaugebiete in Berlin, Leipzig und Dresden auch Refugien von Menschen, die systemkritisch eingestellt waren und die wegen des Zerfalls dieser historischen Bausubstanz in ihrer kritischen Einstellung gegenüber dem System der DDR nur gestärkt wurden. Sie fanden dort ihre gesellschaftliche und individuelle Nische, so wie die Bewohner der Neubaugebiete sie in ihren Wohnungen und Datschen fanden – jenseits aller Ideale sozialistischer Lebensweise, die eigentlich auch mit Hilfe von Stadtplanung und Wohnungsbau gestützt, wenn nicht gar verwirklicht werden sollte. In Wirklichkeit war die DDR, wie gesagt, eine Nischengesellschaft. Und dies schlug sich auch in den städtischen Lebenswirklichkeiten nieder.

Zusammenfassend war die Situation der Städte der DDR unmittelbar vor der Wende charakterisiert durch:

- zerfallende Innenstädte, insbesondere die großen Gründerzeitgebiete (1880 ff.);
- langsam zerfallende Altbausubstanz, insbesondere bei historischem Baubestand;
- große Neubaugebiete in industrieller Plattenbauweise in Form von Schlafstädten am Rande der Städte;
- Verlust städtischen/urbanen Lebens in den Innenstädten, wobei dies in den kleineren Städten besonders prekär war;
- problematische Umweltsituation durch Emissionen der Industriebetriebe im Umfeld der Städte und durch die nicht modernisierten Heizungen der Altbauten;
- Formen von Devastierung des städtischen Umlandes durch Industriebetriebe und industrielle Landwirtschaft – eine andere Form von Zersiedlung, wie sie sich durch Suburbanisierung in der BRD entwickelte.

Andererseits boten dörfliche Strukturen bei geringer Produktivität und unterstützt durch die Quersubventionierung aus den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs oder Kolchosen) viele Arbeitsplätze und eine funktionierende soziale Infrastruktur. Damit wurde auch eine Angleichung der ländlichen Lebensverhältnisse an die der Städte angestrebt und teilweise auch erreicht, wie sie schon im kommunistischen Manifest gefordert worden war. Last not least: Fast alle erwachsenen Einwohner der DDR waren beruflich tätig. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen wurde durch eine flächenhafte Versorgung mit Kinderkrippen und Kindergärten ermöglicht, aber auch angestrebt. Dies war die DDR-Variante gleichwertiger Lebensverhältnisse, deren Verwirklichung auch in der BRD Ziel der räumlichen Entwicklung und Planung war und ist.

7 Innerhalb der DDR war die Situation der Städte zwar zunehmend Stein des Anstoßes für die Systemkritiker, aber deren Kritik war nicht Gegenstand einer öffentlichen Diskussion. In der öffentlichen Diskussion wurde in den 1970er- und 1980er-Jahren stattdessen die Lösung der Wohnungsfrage als ein soziales Problem breit thematisiert – ähnlich wie im Bereich der Landwirtschaft der Kampf um die Sicherung der Ernte und die dabei kollektiv errungenen Erfolge.

Auch auf der von der DDR im Oktober 1988 in Leipzig ausgerichteten Sixth Conference on Urban and Regional Research der Economic Commission for Europe (ECE) der UN – eines der seltenen Ost-West-Foren, auf dem die BRD wie die DDR mit Experten aus Wissenschaft und Praxis vertreten waren – verwies der Bauminister der DDR bei der Eröffnung gegenüber den Delegierten aus allen Ländern Europas stolz darauf, dass sich die DDR seit 1971 (Beschluss des 8. Parteitages der SED) bemüht habe, die Wohnungsfrage als soziales Problem durch den kontinuierlichen Bau von Wohnungen anzugehen. Man hoffe, „diese Frage“ bis 1990 (am Ende dieses Jahres gab es bekanntlich die DDR nicht mehr) zu lösen – durch industriell errichtete Wohnsiedlungen in Plattenbauweise. Erst jüngst – also 1988 – sei, so der Minister, im Rahmen dieses Programms die dreimillionste Wohnung

an eine Arbeiterfamilie in Berlin übergeben worden. Er verwies auch auf die Anstrengungen der DDR bei der Erneuerung von Innenstädten, die „besser und besser“ werden, wobei er insbesondere auf die Bemühungen bei Neubau und Innenstadtsanierung in Berlin hinwies, was unter Beteiligung von Bauarbeitern aus allen Teilen des Landes geschehen sei. Unabhängig von dem Ausmaß und der Qualität dieser Bemühungen zur 750-Jahrfeier Berlins (1987), die insbesondere das sogenannte Nicolaiviertel wieder in einer Mischung aus historischer Rekonstruktion und angepasstem Neubau mit Betonfertigteilen „auferstehen“ ließen, wird durch den Hinweis auf die Konzentration der Bauarbeiter aus allen Teilen des Landes in Berlin deutlich, dass Stadterneuerung in der DDR aus wirtschaftlichen Gründen nur bei einigen wenigen Prestigeobjekten erfolgen konnte. Derweil zerfielen in vielen anderen Städten weite Bereiche der Altbauggebiete und sollten in der Form von Flächensanierung mit anschließendem Neubau saniert werden. Der Widerspruch zwischen Erfolgsmeldungen beim Neubau von Wohnungen in Neubaugebieten und dem Zerfall weiter Bereich der Innenstädte wurde als gesellschaftliches Problem nicht offen thematisiert, schon gar nicht von einem verantwortlichen Minister. Aber wer gewohnt war, die Wahrheit zwischen den Zeilen zu entdecken, konnte auch die Widersprüche erkennen.

Auch die Präsentation des Leipziger Stadtarchitekten auf der erwähnten ECE-Tagung ließ nur andeutungsweise erkennen, welche städtebaulichen und gesellschaftlichen Probleme mit dem Verfall der Altbausubstanz verbunden waren. Dabei erwähnte er als Lösung zwar auch die Sanierung der alten Bausubstanz, verwies insgesamt aber eher auf deren Abriss als auf deren Erhalt und infolgedessen auf Neubau mittels industrieller Fertigung. Damit verwies er auf die städtebauliche Orientierung, die zukünftig umgesetzt werden sollte. Nach dem Fall der Mauer im Jahr 1990 – in der Zeit der ersten demokratisch gewählten Regierung der DDR – war es ein Film des DDR-Fernsehens über die Altbaugebiete Leipzigs, der das Ausmaß des Verfalls einer breiteren Öffentlichkeit präsentierte. Den kontinuierlichen Verfall der Altbausubstanz zu thematisieren und daran Kritik zu üben, war also erst unmittelbar vor der Wiedervereinigung

– in dieser quasi Zwischenzeit – möglich. Auf die Frage der Reporterin an denselben Leipziger Stadtarchitekten, warum man im Wissen um den Verfall nichts unternommen habe, antwortete dieser, auch sie – die Reporterin – stelle diese Frage erst jetzt. Zwischen Wissen und Handeln hatte die Steuerung durch staatlich hergestellte und kontrollierte mediale Öffentlichkeit gestanden, obwohl man in vielen Bereichen um die Probleme der Stadtentwicklung wusste.

8 Es gab also in der DDR durchaus ein Wissen um die wirklichen Entwicklungen in den Städten – großen wie kleinen. Aber aus strukturellen und ökonomischen Gründen war es mehr oder weniger nur möglich, mittels industrieller Fertigbauweise Neubauten oder Flächensanierungen vorzunehmen. Diese ökonomische Vorgabe und die daraus folgende städtebauliche Konstellation, die ein gesellschaftliches Dilemma mit enormer räumlicher Wirkung darstellte, wurde auch in einer Studie des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR aufgegriffen, thematisiert und kritisiert. Diese war noch vor dem Fall der Mauer begonnen und „zufälligerweise“ (?) im November 1989 – also in der Endphase der DDR – fertiggestellt worden. Das zeigt, dass sich bereits vor den entscheidenden Tagen im Herbst des Jahres 1989, die das Ende der DDR einläuteten, in den entsprechenden Fachkreisen des Städtebaus ein Ende der kritiklosen Übernahme von politischen Vorgaben und den damit verbundenen Sichtweisen abzeichnete.

Unter dem komplizierten, aber eben auch unverfänglichen Titel „Städtebauprognose – städtebauliche Grundlagen für die langfristige intensive Entwicklung und Reproduktion der Städte“ wurde sie intern vorgelegt, diskutiert und dokumentiert, aber nicht veröffentlicht und auch nicht öffentlich diskutiert. In ihr wurde in komplizierter, vorsichtiger Sprache Kritik an der einseitigen Städtebaupraxis geübt, die nur die Lösung der Wohnungsfrage im Blick, aber „eine proportionale Entwicklung und Erhaltung anderer städtischer Funktionen und Gebiete nicht im vollen Umfang gewährleistet“ habe. Deshalb solle eine Neuorientierung der „städtebaulichen Strategie“ erfolgen, die insbesondere auf die Stadtzentren ge-

richtet sein sollte. Diese würden im Bermudadreieck zwischen Arbeitsplatz, Wohnung und Datscha – den Funktionen der Charta von Athen – untergehen. Wie weit diese kritische Sichtweise bei den Fachleuten der DDR vorhanden und verbreitet war, wurde auf einer Tagung auf Einladung der Bauakademie der DDR in Ost-Berlin im Januar 1990 erkennbar, bei der zum ersten Mal Experten aus Ost- und Westdeutschland zu einem Erfahrungsaustausch zum Thema „Gesellschaftskonzeption und Stadtentwicklung“ zusammentrafen. Sie wussten früher um die Probleme, aber ihre fachliche Expertise fand keinen Weg in die Öffentlichkeit, geschweige denn in die Umsetzung, da sie nicht der offiziellen Linie entsprach.

Der Ausspruch Hegels „Die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug“, wonach Erkenntnis erst post festum entstehe, wurde durch diese „Städtebauprognose“ eindrücklich belegt – traf aber auf die DDR insgesamt zu. Erst an ihrem Ende war es möglich, Fehlentwicklungen zu erkennen. Zuvor war es wegen des Selbsterhaltungsdrangs des politischen Systems der DDR nicht möglich, kritische Erkenntnisse über die soziale Realität öffentlich zu artikulieren. Diese gesellschaftliche Widersprüchlichkeit konnte nur in individuellen Nischen der Gesellschaft ausgehalten oder ausgesessen werden. Aber als in der Dämmerphase der DDR nicht nur intern, sondern auch öffentlich Kritik vorgetragen werden konnte – nicht zuletzt auf Basis der genauen Kenntnis der gesellschaftlichen Entwicklungen, in unserem Falle der Stadtentwicklung – da war es eigentlich zu spät. Das politische System der DDR brach zwar nicht sofort zusammen, sondern wurde langsam abgewickelt oder besser gesagt abgelöst durch die Übernahme der politischen Strukturen der BRD. Das Wissen der Experten der DDR, das sich gewissermaßen erst post festum artikuliert hatte, wurde dann wegen Ihrer Kontamination mit dem früheren politischen System nicht mehr nachgefragt, so sehr sie in manchen Fällen auch interne Kritik an der offiziell verfolgten Politik geäußert haben mochten. Dies gilt insbesondere für Bernd Grönwald, den Leiter des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie, der für sich persönlich keinen Ausweg sah und fand und sich deshalb das Leben nahm. Manch anderen gelang es zwar, in

die neuen Strukturen integriert zu werden, aber nicht mehr an leitender Stelle.

9 Ende des Jahres 1990 kam es zur deutschen Einheit. Bereits Mitte des Jahres war die D-Mark in der noch bestehenden DDR eingeführt worden. Damit war der Weg frei für die Wiedervereinigung im Sinne eines Anschlusses der DDR an die BRD durch ihren Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD. Alle anderen Überlegungen, die insbesondere in manchen Intellektuellen-Kreisen der DDR gepflegt worden waren, die DDR als eigenständiges politisches System, das an die besseren Traditionen des Sozialismus anknüpfen sollte, zu erhalten und mit einer eigenen, eher sozialen Orientierung denn mit einer Anpassung oder gar Übernahme der kapitalistischen Marktorientierung der BRD zu gestalten, waren durch die normative Kraft des Faktischen obsolet geworden.

Zugleich wurde das ganze notwendige Ausmaß an Investitionen für den Bereich der Stadterneuerung erkennbar. Damit verbunden war die Erkenntnis, dass einerseits gerade im Unterschied zur BRD noch weitgehend alte Stadtsubstanz vorhanden war, es andererseits in aller Regel aber schon „kurz vor zwölf“ war, weshalb nur sofortige Maßnahmen deren Erhalt noch sichern konnten. Dies geschah in manchen Städten durch vorrangige Sanierung der Dächer, um den voranschreitenden Zerfall aufzuhalten, bevor an die Sanierung der darunter liegenden Bausubstanz gegangen werden konnte.

Allerdings konterkarierte das in einer Anlage zum Einigungsvertrag als Regelfall gesetzte Prinzip der Rückübertragung von Besitz an rechtmäßige Eigentümer vor dem Entschädigungsprinzip häufig die umgehende Instandsetzung. Denn in vielen Fällen nahmen die Verfahren der Rückübertragung viel Zeit in Anspruch, da sich entweder Eigentümer aus verschiedenen historischen Phasen meldeten oder Eigentümer – insbesondere jüdische – nicht mehr lebten und Erben nur schwer zu finden waren. Das hatte zur Folge, dass insbesondere in den Innenstädten nicht sofort genügend Flächen für den Ausbau einer modernen Versorgungsinfrastruktur zur Verfügung

standen. Deshalb zogen es die großen, jetzt privaten Versorger vor, auf der „grünen Wiese“ vor den Städten große Einkaufszentren aus dem Boden zu stampfen. Die Akzeptanz dieser an westlichen Maßstäben orientierten Zentren war bei der Bevölkerung groß. Entsprechend hatten die Versorger ein großes wirtschaftliches Interesse daran, in den neuen Bundesländern Fuß zu fassen, sich neue Märkte zu erschließen.

Gerade solche Einkaufszentren vor den Toren der Stadt wurden im Westen im Hinblick auf die Konkurrenz zu den Innenstädten als sehr kritisch eingeschätzt. Deshalb beurteilten westdeutsche Städtebauexperten, wenn sie als Berater im Transformationsprozess des Ostens herangezogen wurden, diese Auslagerung als problematisch für den Erhalt der Urbanität. Sie meinten, vor diesen im Westen bereits begangenen Fehlern warnen zu müssen, um ähnliche Entwicklungen im Osten zu vermeiden. Aber das ganze Gegenteil trat ein: Wegen der Schwerfälligkeit der rechtlichen Abwicklungen und der dringenden Notwendigkeit, möglichst schnell effiziente und attraktive Nahversorgungsstrukturen zu schaffen, entstanden fast überall vor den Toren der Städte Einkaufszentren. Urbane Strukturen in den Innenstädten entwickelten sich in der Folge nur sehr schwer – in großen wie in kleineren Städten.

10 Eine andere städtebauliche Situation – die der großen Neubaugebiete am Rande der Städte, deren urbane Qualität als gering angesetzt wurde – wurde anfänglich ähnlich intensiv diskutiert unter der Frage, ob sie bestehen bleiben sollten. Allerdings konnten aus dem Stand keine Alternativen geschaffen werden. Letztendlich wurde dafür keine generelle Lösung gefunden. Die meisten sind inzwischen – nicht zuletzt energetisch – saniert und um die bisher defizitären Versorgungsstrukturen für den häuslichen Bedarf ergänzt worden. In einigen Fällen sind aber auch Wohnblöcke abgerissen worden. Dies geschah in Gebieten, wo sich große Leerstände ergeben hatten, nachdem viele Bewohner bedingt durch die berufliche Situation weggezogen waren oder anderweitig Wohnraum – auch im Privateigentum – gefunden hatten.

All dies ereignete sich nicht sofort, sondern war Teil eines sich hinziehenden Transformationsprozesses, der – darauf wird noch zurückzukommen sein – heute noch nicht abgeschlossen ist. Die mit dem Transformationsprozess verbundenen Schwierigkeiten waren abzusehen, weshalb im Rückblick die bereits berufene Aussage von Bundeskanzler Helmut Kohl, innerhalb kürzerer Zeit werde es „blühende Landschaften“ im Osten geben, zwar als politisch gewünschte verständlich, als unmittelbar umzusetzende jedoch unrealistisch war. Außerdem wurde immer deutlicher, dass die für die Transformationsprozesse in Ostdeutschland notwendigen strukturellen Veränderungen nicht aus der Portokasse zu finanzieren sein würden. Vielmehr werde es im wiedervereinigten Deutschland großer finanzieller Investitionen und Umschiffungen in den öffentlichen Haushalten bedürfen, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auch im Osten zu verwirklichen. Dies wünschte nicht nur die dortige Bevölkerung, sondern wird auch im Grundgesetz der Bundesrepublik gefordert.

Jenseits der Notwendigkeit, die städtebaulichen Probleme in den Innenstädten wie in den Neubaugebieten anzugehen, standen in den neuen Ländern andere Probleme stärker im Fokus der Öffentlichkeit. Ich meine die Umstrukturierung der Wirtschaft. Denn die schnelle Einführung der D-Mark in der noch bestehenden DDR bedeutete für viele Industriezweige deren schnelles Ende. Mit ihren Produkten zu D-Mark-Preisen fanden sie insbesondere in Osteuropa kaum mehr Absatzmöglichkeiten. Anders erging es dem Westen, dessen Produkte nun auch im Osten abgesetzt werden konnten, was zu einem wirtschaftlichen Boom angesichts der steigenden Nachfrage dort führte – insbesondere nach Autos, aber auch nach zahlreichen anderen Konsumartikeln. In weiten Teilen Ostdeutschlands kam es zu einer Deindustrialisierung mit weitreichenden Folgen für die in den betroffenen Industrien Beschäftigten. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs bedenklich. Dies betraf insbesondere die mittlere Generation und vor allem die weiblichen Beschäftigten – weniger die Älteren, die alsbald vergleichsweise gute Renten erhielten, und weniger auch die Jüngeren, denen sich in der Bundesrepublik völlig neue Optionen eröffne-

ten, sofern sie eine berufliche Qualifikation besaßen und den Mut zur Mobilität.

11 Bald nach der deutschen Wiedervereinigung wurde immer deutlicher, dass die gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozesse – also die Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern an die der alten wohlgemerkt und nicht umgekehrt sowie der grundlegende Wandel des politischen Systems – ein gesellschaftliches Realexperiment sondergleichen waren, das möglichst schnell und umfassend wissenschaftlich untersucht werden sollte. Initiiert durch das Bundesforschungsministerium wurde – in Anlehnung an eine Enquete aller Bereiche von Politik und Gesellschaft in den 1970er Jahren – die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) ins Leben gerufen. Eine Berichtsgruppe beschäftigte sich mit der „lokalen und regionalen Dimension politischen und sozialen Wandels“. Eine realistische Bestandsaufnahme und eine fundierte Perspektive für die weitere Entwicklung war das Desiderat der Stunde.

Schon kurz nach der Wiedervereinigung hatte sich nämlich herausgestellt, dass der rein statistische Vergleich der beiden Wirtschaftssysteme, wonach die BRD weltweit die 3. und die DDR die 10. Position einnehme, bezogen auf die DDR ein statistisches Artefakt war, wenn dem nicht gar ein systematisches Vertuschen oder Verfälschen zugrunde lag. Die scheinbar einfache Rechnung, dass ein sehr starkes gesellschaftliches System mit einem starken fusioniere und dass aus dieser Verbindung ein noch stärkeres entstehe, erwies sich zunehmend als eine Milchmädchenrechnung. Ähnlich realistisch hatte zum Ende der DDR auch die bei der zentralen Planungskommission angesiedelte Forschungsstelle für Territorialplanung argumentiert, dass nämlich die ökonomischen Unterschiede zwischen Ost und West sehr viel gravierender seien als die der Infrastruktur. Dabei ließ sich diese positive Sichtweise sicherlich stärker auf die soziale Infrastruktur denn auf die technische beziehen. Es zeigte sich immer mehr, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse sehr viel längere Zeit in Anspruch

nehmen werde und sehr teuer werden würde. Es wurde sogar die Frage aufgeworfen, ob der Osten Deutschlands nicht Gefahr laufe, sich statt in „blühende Landschaften“ in ein östliches „Mezzogiorno“ zu wandeln – d. h. in eine eigentlich nicht entwicklungsfähige Region ähnlich wie das südliche Italien, dessen Entwicklung trotz aller Bemühungen, trotz aller finanzieller Transfers stagniere, insbesondere im Verhältnis zu den nördlichen Regionen Italiens.

Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass sich in der öffentlichen Diskussion die Hauptaufmerksamkeit stets auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentrierte – im Hinblick auf jeden Einzelnen heißt dies, ob er oder sie Arbeit hatte oder arbeitslos war. Es zeigten sich aber alsbald auch Unterschiede in regionaler und lokaler Hinsicht, die nicht so im Blick der Öffentlichkeit standen, aber für die Einzelnen genauso bedeutsam waren, da sie die alltägliche Lebensumwelt betrafen.

12 Der Bericht der KSPW zu lokalen und regionalen Dimensionen der Transformationsprozesse, der 1996 veröffentlicht wurde, zeichnet Entwicklungslinien des Wandels nach, die sich nicht zuletzt aus dessen Plötzlichkeit und der fehlenden Vorbereitung auf die eingeleitete Umstrukturierung ergeben hatten. Es ist nicht erstaunlich, dass es gerade im deutschen Kontext, in dem rechtliche Rahmenbedingungen und administrative Zuständigkeiten seit jeher eine wichtige Rolle spielten und nach wie vor spielen, der Stadtentwicklung große Probleme daraus entstanden, dass es in den neuen Ländern anfänglich weder rechtlich verbindliche Planungen (Flächennutzungspläne) noch administratives Fachpersonal gab, diese zu erstellen, umzusetzen und zu administrieren. Zwar gab es sehr schnell eine Fülle von Patenschaften zwischen Ländern, Kreisen, Städten und Gemeinden inklusive der „leihweisen“ Überlassung von Fachpersonal aus dem Westen – und dies nicht nur im Bereich der Stadtplanung –, gleichwohl brauchte es Zeit, die Planungsverfahren den neuen Erfordernissen der Rechtsordnung der BRD, die nach dem Oktober 1990 komplett auch für Ostdeutschland galt, anzupassen. So war gerade im Hinblick auf die Errichtung neuer Versorgungsstrukturen der Druck auf die Randlagen der Städte groß. Denn dort

konnten schneller als in den Innenstädten Flächen zur Verfügung gestellt werden, unabhängig von den Problemen der Rückübertragungsverfahren, die sehr viel Zeit in Anspruch nahmen.

Zugleich zeigte sich in größeren Städten wie Leipzig, Dresden oder Magdeburg, aber auch in Ost-Berlin – insbesondere bei den vom Krieg nicht zerstörten Altbaugebieten – ein Modernisierungstau von sechs Jahrzehnten.

Die nach der Wiedervereinigung anlauenden Umbau- und Neubaumaßnahmen hatten also den Effekt, dass sich die Stadt einerseits ausdehnte, weil vieles nur auf neuen Flächen außerhalb der bisherigen Stadtbebauung errichtet werden konnte. Andererseits konnte der Zerfall der Altbaugebiete nicht in jedem Fall mehr aufgehalten werden, zudem schon zu DDR-Zeiten Teile abgerissen, aber nicht mehr ersetzt worden waren. Deshalb gab es parallel Dispersionsprozesse und Perforationstatbestände, mit denen die Städte umzugehen hatten, was nicht in allen Fällen sofort und zufriedenstellend gelang.

13 Zwei weitere Entwicklungen sind anzuführen, die sich nicht direkt aus der Stadtstruktur ergaben, aber für die Menschen Ostdeutschlands von großer Bedeutung waren und deshalb das Stadtleben grundlegend beeinflussten:

- Zum einen ist das schlagartige Anwachsen der Motorisierung zu nennen. Zwar hatte die DDR Autos produziert, aber für den Einzelnen war es gleichwohl mit langen Wartezeiten verbunden, ein Auto kaufen zu können. Zudem gab es im Verhältnis zu den technischen Standards und Ausstattungen der Autos des Westens große Unterschiede. All dies führte zu einem Motorisierungsboom, auf den die Straßeninfrastruktur der DDR nicht eingerichtet war.
- Zum anderen gab es eine zunehmende Migration in den Westen, bedingt durch neue Mobilitäts- und Entwicklungschancen, die es bisher nicht gegeben hatte, aber auch aus der Notwendigkeit heraus, sich einen neuen Arbeitsplatz suchen zu müssen. In vielen Fällen führte dies

nicht sofort zu einem Umzug. Vielfach wurde versucht, durch Pendeln – auch über größere Distanzen hinweg – den bisherigen Wohnsitz zu erhalten, was aber für von der alten Grenze weiter entfernt Wohnende nicht infrage kam.

Insofern war ein zentraler Fokus der KSPW-Studien auf das geänderte Verhalten großer Teile der Bevölkerung gerichtet: Für die Menschen Ostdeutschlands hatten sich Möglichkeiten eröffnet, von denen sie zuvor in vieler Hinsicht ausgeschlossen waren und die sie jetzt mit ihrer neuen Bewegungsfreiheit nutzten. Diese neuen Mobilitäten waren nachholende Entwicklungen, die aber in den Städten und Regionen große Wirkung entfalteten.

Der Prozess der Deindustrialisierung, die für viele Bewohner der früheren DDR Arbeitslosigkeit bedeutete und die die allmähliche Auflösung der dortigen nivellierten Mittelstandsgesellschaft einläutete, bedeutete tiefe Einschnitte in die finanzielle Basis der Städte, die allerdings weitgehend durch Transfermittel aus dem Westen kompensiert wurden. Allerdings entwickelte sich bereits in dieser frühen Phase der Transformation eine Tendenz, die bis heute anhält: Regionen und Städte differenzierten sich stark aus, nachdem die regionalen und lokalen Ausgleichs- und Entwicklungsmaßnahmen der DDR abgewickelt wurden, weil sie nach der Wiedervereinigung nicht mehr eingesetzt wurden. Dies galt für neu angesiedelte industrielle Standorte, die jetzt nicht mehr konkurrenzfähig waren, aber auch für Standorte, deren Substanz heruntergewirtschaftet worden war und die deshalb nicht mehr gehalten werden konnten. Es entstand eine eigentümliche Konstellation: Viele Regionen und Städte kehrten zu den Ausgangspositionen zurück, die sie 1949 oder gar vor dem Krieg innehatten – eben durch den Wegfall der von der DDR induzierten Entwicklungen. Zugleich war zu erkennen, dass Städte, die auf eine lange „Tradition“ kontinuierlich entwickelter Industrie- und der sie begleitenden Infrastruktur – einschließlich der Einrichtungen für Ausbildung und Forschung und den damit verbundenen „Human Resources“ – blicken konnten, sehr viel positivere Perspektiven entwickelten als andere, die hier Defizite aufwiesen. Diese Städte konnten auf immer noch vorhandene Begabungen

und Strukturen zurückgreifen. In der Folge schwand die eher ausgeglichene Siedlungsstruktur der DDR – bezogen auf die Städte untereinander, aber auch bezogen auf die Verhältnisse zwischen Stadt und Land – immer stärker, was in einem deutlichen Gegensatz zu den Zielen der marxistisch orientierten, aber auch nicht durchgehend erfolgreichen Entwicklungspolitik stand. Es entwickelte sich einerseits ein Nord-Süd-Kontrast – ähnlich wie in den 1970er Jahren in der BRD – indem einerseits sich alte Strukturen als persistent erwiesen und andererseits die ersatzlos wegfallenden Entwicklungsmaßnahmen der DDR Lücken der Entwicklung hinterließen, die nicht sofort geschlossen werden konnten. Ähnlich wie in der BRD kam es innerhalb des Städtesystems der neuen Bundesländer in den einzelnen Städten zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen. Es gab nicht mehr einen einheitlichen oder ähnlichen Entwicklungspfad, sondern je nach Vergangenheit bzw. Tradition – d. h. bedingt durch die über die Zeit tradierten Potenziale und Veranlagungen – entwickelten sich spezifische eigene Wege. Dies kann man durchaus als Eigenlogik bezeichnen, obwohl die Entwicklung eher historischen Konstellationen denn eigenen Anstrengungen zu verdanken gewesen ist. Ähnlich wie in anderen ehemals sozialistischen Staaten entwickelten sich insbesondere um einzelne Städte Wachstumspole, während die Entwicklung in anderen – speziell den ländlichen – Regionen stagnierte, wenn nicht gar rückläufig war.

Innerhalb Ostdeutschlands fand nach der Einheit ein sehr spezieller Prozess statt: Die Dörfer hatten zu Zeiten der DDR durch die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) eine sehr wichtige Stellung in wirtschaftlichen Abläufen eingenommen und waren entsprechend gefördert worden. So hatten insbesondere die kleineren Städte eine bevorzugte Stellung eingenommen, die sie jedoch verloren, als sie nach der Wiedervereinigung nicht mehr auf die „Quersubventionierung“ ihrer Infrastruktur durch die Nachfolgeorganisationen der LPGs bauen konnten. Denn diese konzentrierten sich nun nur noch auf ihre wirtschaftliche Tätigkeit als große landwirtschaftliche – jetzt privat organisierte und betriebene – Betriebe/Genossenschaften, wenn nicht gar neue Güter, die in ih-

rer Struktur und Funktion denen von vor 1945 gleichen. Diese Betriebe haben sich seither innerhalb Deutschlands zu den produktivsten landwirtschaftlichen Produktionsstätten entwickelt. Ihre Größe und die Möglichkeit, durch hohen Maschineneinsatz eine hohe Produktivität zu erreichen, hatten aber auch zur Folge, dass ihr Bedarf an Arbeitskräften sehr eingeschränkt ist. Dies brachte eine sehr spezielle Konstellation hervor: In den ländlichen Regionen Ostdeutschlands existierten bis heute sehr profitable landwirtschaftliche Betriebe, während die Dörfer, in denen sie angesiedelt sind, zunehmend veröden, da für viele Bewohner keine Arbeitsplätze mehr angeboten werden.

Einen Boom kann die Ostseeküste als höchst attraktives Tourismusgebiet – nicht zuletzt als traditionelles Erholungsgebiet Berlins – vorweisen. Sie muss allerdings mit starken saisonalen Schwankungen und auseinanderklaffenden finanziellen Möglichkeiten der Alteingesessenen und Zugezogenen leben. Sofern die Dörfer nicht Kompensationen aus dem Tourismus und/oder Zuzug von Städtern in Zweitwohnungen erhielten – was sich nur im Umfeld der großen Städte, insbesondere Berlins, entwickeln konnte – verfielen viele in einen „Schlaf“, der mancherorts bereits der Form mittelalterlicher Wüstungen nahe kommt. Durch die vergleichsweise geringen Distanzen in Deutschland, aber auch durch die Entdeckung dieser sich entleerenden Räume als wichtige ökologische Ressource sind sie im europäischen Vergleich bislang nicht zu solch peripheren ländlichen Räumen geworden, wie wir sie aus anderen westeuropäischen Flächenstaaten (insbesondere Frankreich und Spanien) kennen. Sie sind – gemessen an gesamteuropäischen Indikatoren – auch nicht in einem Zustand der Unterentwicklung, wie wir ihn inzwischen aus anderen osteuropäischen Ländern kennen. Allerdings gibt es durch die Wiedervereinigung in Deutschland wieder periphere Regionen, wie es sie zwar im Deutschen Reich gegeben hatte, die in der alten Bundesrepublik jedoch nur noch ansatzweise vorhanden gewesen waren – beispielsweise in den früheren Zonenrandgebieten oder anderen Grenzregionen, wobei aber Letztere durch die europäischen Integrationsprozesse völlig neue Entwicklungschancen nutzen konnten.

All dies waren Entwicklungstendenzen, die sich bereits Mitte der 1990er Jahre bei den Transformationsprozessen erkennen ließen. Wie sieht es heute aus? Wie haben sich Städte und Regionen seither entwickelt?

14 Die Fülle der Berichte, Berichterstattungen in der publizistischen Öffentlichkeit, Übersichten wie Einzelfallstudien, ist schier unübersichtlich, weshalb es ratsam ist, auf offizielle Schriften zurückzugreifen, auch wenn sie in der Formulierung der jeweiligen Problemlage eher zurückhaltend sind.

Es ist dann aber doch erstaunlich, dass der Stadtentwicklungsbericht 2012 der Bundesregierung – verfasst und verantwortet vom zuständigen Ministerium, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung – auf die besonderen Probleme der Städte und Regionen Ostdeutschlands nicht mehr explizit eingeht. Anscheinend sind die Folgen der Wiedervereinigung für die Stadtentwicklung kein drängendes Thema mehr. Thematisch stehen darin Probleme einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Vordergrund, insbesondere angesichts der von der Bundesregierung eingeleiteten Energiewende sowie der damit verbundenen Probleme der Energieeffizienz in den Städten und angesichts des zu erwartenden Klimawandels.

Allerdings kann auch dieser Bericht nicht an der Tatsache vorbeigehen, dass in Deutschland in West und Ost ungleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklungen ablaufen. Denn gemessen an einem Gesamtindikator, der wirtschaftliche und demografische Entwicklungen zusammenfasst, gibt es in Deutschland keine einheitliche Entwicklung, sondern es gibt eine Parallelität von Wachsen und Schrumpfen, wobei wachsende Kommunen eher im Westen als im Osten zu finden sind und der Süden Westdeutschlands am stärksten wächst. Damit wird erkennbar, dass einerseits die alten Niveauunterschiede innerhalb Westdeutschlands zwischen den im Strukturwandel befindlichen Regionen im Norden und Westen und den boomenden im Süden weiterhin als Nord-Süd-Kontrast bestehen. Zudem hat sich in den vergangenen 25 Jahren ein Ost-West-Kontrast entwickelt. Zwar hat sich

das östliche Niveau dem des Westens annähert, es ist aber noch nicht ausgeglichen. Dabei tritt innerhalb Ostdeutschlands eine zusätzliche Differenzierung auf, die wiederum als Nord-Süd-Kontrast bezeichnet werden kann – auch wenn es sich eher um ein Gefälle handelt von den Großstädten und ihrem Umfeld zu den eher isoliert liegenden kleineren und mittleren Städten im sogenannten ländlichen Raum des Nordens, der weiterhin Schrumpfungsprozessen unterliegt. Insofern haben sich über die Zeit Strukturunterschiede erhalten, die die Kraft persistenter Strukturen belegen.

Detaillierter geht auf diese Problematik der jeweilige Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit ein. Der letzte, der den Stand 2013 wiedergibt, wurde erst kürzlich vorgelegt. In ihm wird nachgezeichnet, dass unter dem Leitbild der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse nach der Wiedervereinigung ein Prozess der Angleichung zwischen Ost und West stattgefunden hat – anfänglich schneller (bis 1996), dann stagnierend (bis 2001), aber seither hat sich eine stetige, wenn auch langsame Angleichung vollzogen. Allerdings habe der Osten immer noch erst zu ca. 70 % das Niveau des Westens erreicht. Eine andere Quelle – die Kreditanstalt für Wiederaufbau – betont, dass die Territorien der früheren DDR wirtschaftlich jetzt besser dastehen als alle anderen ehemaligen sozialistischen Länder Osteuropas – was aber zu Zeiten der DDR auch schon galt.

Probleme im Hinblick auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse werden speziell den ländlichen Räumen zugerechnet, die wegen Abwanderung und Alterung der Bevölkerung vor besonderen Herausforderungen stehen. Genau dies kennzeichnet eine besondere Lage Ostdeutschlands, das gegenüber Westdeutschland schon immer dünner besiedelt war und nur wenige große Städte als Kristallisationspunkte für wirtschaftliche Entwicklung aufweisen konnte und kann. So steht in Ostdeutschland eine sich stabilisierende Entwicklung um die größeren Städte im starken Kontrast zu den schrumpfenden und alternden ländlichen Regionen. Städte wie Potsdam im Umfeld von Berlin oder Städte wie Dresden und Leipzig erweisen sich als Orte, die sich in ihrer wirtschaftlichen wie bevölkerungsmäßigen Entwicklung stabilisiert haben,

wenn nicht gar wachsen. Dies gilt gleichermaßen auch für viele Universitätsstädte (Leipzig und Dresden sowie insbesondere Jena, aber auch Greifswald, Magdeburg und Halle), deren Universitäten als Lehr- und Forschungseinrichtungen seit 1990 modernisiert und ausgebaut wurden, was ihre Attraktivität stark akzentuierte. In Jena, das sich in konsequenter Verfolgung seiner günstigen, persistenten Strukturen zu einer kleinen Boomstadt entwickelt hat, kamen zwei Trends zusammen: zum einen die Tradition der optischen Industrie, die dort nie einen Bruch erlebt hatte und zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung geworden ist, und zum anderen die Attraktivität ihrer Universität. Zudem liegt Jena mitten im sogenannten mitteldeutschen Städteband, das sich von Eisenach über Erfurt, Weimar und Leipzig bis Dresden hinzieht und seit langem industrielle und gewerbliche Traditionen aufweist, die sich über die Zeit als persistent und anpassungsfähig erwiesen haben. Demgegenüber stehen die nördlichen Teile Ostdeutschlands, die bis auf Berlin und die Hafenstädte an der Ostsee eher ländlich strukturiert waren und traditionell nur wenige kleine Städte aufwiesen. Diese Gebiete waren schon immer dünner besiedelt, was bereits in Preußen zu Zeiten des Kaiserreichs zu Strukturproblemen zwischen diesen eher feudal strukturierten Agrargebieten und den wirtschaftsliberalen Industrieregionen (Ruhrgebiet) führte. Ein Gegensatz, der in seiner siedlungsmäßigen und gesellschaftlichen Problematik – wenn nicht gar Brisanz – in und für Westdeutschland vergessen zu sein schien, ist mit der Angliederung der DDR wieder zu einer gesamtdeutschen Konstellation geworden. Es ist dies die Wiederkehr verschwunden geglaubter Ausgangslagen sowie die Kraft überholt scheinender Strukturen.

Die dünn besiedelten peripheren Räume waren früher wirtschaftlich stark von der Landwirtschaft und dem sie begleitenden Gewerbe abhängig. Auch heute sind sie noch stark durch Landwirtschaft geprägt, die dort wegen ihrer Großflächigkeit mit hohem Maschineneinsatz arbeiten kann und europaweit einen der höchsten Produktivitätsstandards aufweist. Aber anders als zu Zeiten der DDR ist der ländliche Raum nicht mehr Garant der Infrastruktur – weder technischer noch sozialer. Insofern unterliegen die Dörfer und kleinen Städ-

te dort einem kontinuierlichen Bevölkerungsschwund und Durchalterungsprozess der Verbleibenden. Daraus ergeben sich für diese Räume Probleme, wie in ihnen die Daseinsvorsorge angesichts der sich fortsetzenden Schrumpfungsprozesse gewährleistet werden kann. Denn diese „dünne Siedlungsstruktur“ weist eben wenige selbst tragende städtische „Wachstumszentren“ auf, ganz im Unterschied etwa zu dem Städteband Mitteldeutschland. Insofern zeigt sich hier erneut das Potenzial aber auch die Problematik der Persistenz von Siedlungsstrukturen aus der Vergangenheit – auch für die Entwicklung der Zukunft. Durch den Wegfall der strukturverbessernden Maßnahmen der DDR fielen diese Regionen und Städte quasi auf einen Zustand zurück, wie er unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bestand. Erschwerend kam noch hinzu, dass zu Zeiten der DDR die Situation der Dörfer wegen der Wichtigkeit der Landwirtschaft für das ganze Land, das nur wenig Nahrungsmittel importieren konnte, insgesamt besser war als die der kleinen Städte. Diese Konstellation ist heute anders, weshalb es besonderer Vorkehrungen bedarf, um zu verhindern, dass solche Regionen Problemregionen bleiben.

Regionale Unterschiede – alte wie neue – reflektieren also stets gesellschaftliche und politische Prämissensetzungen. Sie lassen sich zwar durchaus verändern, aber sie sind in ihrem Verhalten großen Tankern ähnlich. Sie lassen sich nur schwer stoppen und in ihrem Kurs ändern. Dafür braucht es Voraussicht und einen langen Atem.

15 Welche Schlüsse sind daraus für den Verlauf der Transformationsprozesse und die Situation von Städten und Regionen in Ostdeutschland zu ziehen?

Vorweg: Die Analysen der Anpassungs- und Entwicklungsprozesse in den ostdeutschen Ländern – sogar schon die gleich nach der Wiedervereinigung, etwa in den Arbeiten der KSPW – belegen die Vermutung, dass sich diese Prozesse über viel längere Zeiträume hinziehen werden, als ursprünglich erwartet. Allerdings hatte man auch keine Vorbereitung oder konkrete Pläne, wie im Rahmen eines solchen gesellschaftlichen Großexperiments gehandelt und vorange-

schritten werden sollte. Vorstellungen, dies zu steuern, die in Ost wie West eher konzeptionell theoretisch denn pragmatisch orientiert vorgetragen wurden, indem über längere Zeit zwei getrennte Nationalökonomien erst sehr langsam aneinander angepasst werden sollten, waren und erwiesen sich als unrealistisch. Diese Überlegungen stammten von Intellektuellen mit relativer Distanz zu wirtschaftlichen und politischen Realitäten, die zudem nichts von den Vorstellungen der Bevölkerung wussten. Die Mehrheit der Menschen in der ausgehenden DDR wünschte eine sofortige und umfassende Öffnung und eine möglichst schnelle Anpassung an die Lebensumstände des Westens. Dies entsprach den Vorstellungen von Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die das Grundgesetz vorsieht und die seitens der Bevölkerung eingefordert wurde. Dass dies dann in der Wirklichkeit schwierig und langwierig sein würde, führte, wie gesagt, zu Enttäuschungen insbesondere für die mittlere Generation, während die im Ruhestand Lebenden insgesamt besser gestellt wurden und die Jugend jetzt mit Möglichkeiten rechnen konnte, die ihnen bisher verschlossen waren.

Jenseits der Investitionen in die Infrastruktur, die insbesondere die Verkehrswege betrafen, und der Sanierung der Innenstädte und Plattensiedlungen – soweit sie nicht abgerissen wurden, weil dieser Wohnraum nicht mehr nachgefragt war – hat sich die Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands nach der Phase der Deindustrialisierung noch nicht auf ein Niveau vergleichbar dem Westdeutschlands hin entwickelt. So hat die Vision der „blühenden Landschaften“, die Bundeskanzler Helmut Kohl damals nach der Wiedervereinigung als baldige Perspektive ausgegeben hatte, durch große finanzielle Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Stadtsanierung und Denkmalpflege zwar dazu geführt, dass wir auf einen ersten Blick propere Kleinstädte und im Um- oder Aufbruch befindliche Großstädte sehen können. Aber es gibt weiterhin Defizite bei der Wirtschaftsstruktur, die sich noch nicht dynamisch entfaltet hat und entsprechend nicht allerorten ausreichend Arbeitsplätze anbietet. Zwar haben sich der gewerbliche und der tertiäre Sektor positiv entwickelt, aber im Vergleich zu Westdeutschland mangelt es an großen Industrien. So gibt es

keine im DAX vertretene Firma, die ihren Hauptsitz im Osten hat.

Andererseits gibt es inzwischen im Osten Regionen und Städte, die im Vergleich zu manchen Regionen und Städten des Westens – z. B. denen im nördlichen Ruhrgebiet – besser dastehen. Aber trotz aller Fortschritte ist die Anpassung des Ostens an den Westen noch nicht vollständig gelungen. Deshalb werden strukturfördernde Maßnahmen und Programme weiterhin nötig sein. Auch hier ist ein viel längerer Atem nötig, wobei die ostdeutschen Bundesländer in Zukunft nicht mehr insgesamt als Entwicklungsgebiet zu betrachten und zu behandeln sein werden, sondern differenziert im Hinblick auf ihre regional unterschiedlichen Entwicklungsformen. So wird es nach Auslaufen des Solidarpakts zum Jahr 2019 vermutlich keine Beschränkung dieser Solidarität des gesellschaftlichen und politischen Systems Deutschlands auf eine simple Ost-West-Unterscheidung mehr geben, sondern sie wird zukünftig ohne jede pauschale geographische Einschränkung erfolgen und zu gestalten sein – nämlich gleichermaßen für alle Städte und Regionen Deutschlands, die im Vergleich zum bundesweiten Niveau abfallen.

16 Insgesamt ist die Wiedervereinigung als Erfolgsgeschichte anzusehen, auch wenn sie nicht in allen Fällen und allerorten gleichmäßig, geschweige denn unmittelbar Wirkung entfaltete, entfalten konnte.

Festzuhalten bleibt, dass es aus der Logik des politischen Systems der BRD heraus – im Vergleich zur DDR – sehr viel einfacher war, Infrastrukturen in den neuen Ländern zu modernisieren oder neu zu schaffen. Dies gilt insbesondere für die Verkehrswegen. Auch haben die Instrumente der Städtebauförderung und der Denkmalpflege es ermöglicht, viel wertvolle städtische Substanz zu erhalten und wieder in Nutzung und Wert zu setzen, was zu Zeiten der DDR aus Mangel an Mitteln in der Regel nicht der Fall war. Als Alternative war zuvor nur radikale Flächensanierung denkbar. Der sorgfältige Erhalt eines Waidspeichers in Erfurt und seine Umwidmung in eine bis heute bespielte Kabarettbühne war zu DDR-Zeiten die Ausnahme von der Regel. Aber

es war damals eben nicht möglich, alle historische Bausubstanz kulturell zu nutzen – wie mir 1988 gesagt wurde. Altstädte für Wohnfunktionen zu sanieren, war zu der Zeit jenseits wirtschaftlicher Machbarkeit.

Der erfolgreiche Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen in Forschung und Lehre hat seit der deutschen Einheit viele Universitätsstädte durch den Zuzug von Wissenschaftlern und Studenten wieder zu insgesamt attraktiven Orten werden lassen: Jena, Greifswald oder auch Freiberg sind zu nennen. In Städten, wo auf industrielle Potenziale, insbesondere auf gut ausgebildete Fachleute zurückgegriffen werden konnte – also persistente Industriestrukturen existierten –, sind neue tragfähige regionale Ökonomien entstanden. Allerdings war es hier – im Unterschied zu DDR-Zeiten – nicht mehr möglich, durch staatliche Planungen Schwerpunkte zu setzen oder gar umzusetzen, sondern dem Staat war es lediglich möglich, infrastrukturelle Angebote zu machen oder steuerliche Anreize zu setzen. Die Annahme dieser Angebote musste durch die wirtschaftliche Nachfrage erfolgen.

Auf die Problematik der Abwicklung des staatlichen Besitzes der DDR durch die Treuhand und deren unterschiedliche Verfahrensweisen vor und nach der Ermordung Detlef Rohwedders kann hier nur verwiesen werden. Dass die Modernisierung der wirtschaftlichen Strukturen, die Schaffung konkurrenzfähiger Strukturen immer nur dort erfolgreich war, wo auf vorhandene Strukturen, regionale „Begabungen“ oder ausgebildete Arbeitnehmer („Human Resources“) zurückgegriffen werden konnte, zeigt die Wichtigkeit solch persistenter Strukturen einerseits und verweist andererseits auf die Schwierigkeit, neue industrielle Großstrukturen oder gewerbliche Cluster in Regionen zu gründen, die dafür zuvor nicht vorgesehen oder geeignet waren (Stichwort: endogene Potenziale). Dies steht im starken Kontrast zu dem Vorgehen in der DDR, die mittels ihrer zentralen Planung Großprojekte in den Regionen plante und verwirklichte, die für die systemischen Belange der DDR elementar waren. Nach der Wiedervereinigung und dem Wegfall der systemischen Zwänge waren diese Standorte in Konkurrenz zu anderen in Deutschland nicht mehr zu halten. Die Folgen sind

z. T. immer noch sichtbar, werden erst im Laufe der Zeit endgültig verschwinden. Das braucht Zeit, so wie auch die Verarbeitung der gesellschaftlichen Umbrüche bei den Betroffenen – je nach Lebenslage sehr unterschiedlich – Zeit brauchen wird, je nachdem wie die Anpassung an die neuen Lebensumstände geglückt ist oder nicht. Eine offene Gesellschaft, wie es Deutschland ist, birgt Potenziale wie Risiken, die aber in einer sozialen Marktwirtschaft so ordnend ausgestaltet sein sollten, dass niemand unverschuldet zurückgelassen wird.

Aus der Erfahrung mit der Entwicklung der alten Bundesrepublik nach 1945 wissen wir, wie lange es dauert, bis sich aus den Ruinen von diktatorischen oder totalitären Zuständen eine offene, lebendige Gesellschaft und eine tragfähige politische Kultur entwickeln. Insofern sind Erscheinungen wie die PEGIDA – so bedauerlich und abstrus sie auch sind – meiner Meinung nach vorübergehende. Aber das ist ein anderes Thema!

17 Ein thesenartiges Resümee lautet:

- Insgesamt ist die deutsche Wiedervereinigung eine Erfolgsgeschichte, auch wenn der Erfolg noch nicht hundertprozentig ist; er liegt etwa bei 70 %.
- Dies ist mit hohem finanziellen Aufwand – im Wesentlichen durch Transfers aus dem Westen – geschehen, nicht zuletzt durch einen Solidarzuschlag zur Einkommensteuer, der von allen Deutschen – in West wie Ost – zu leisten war und ist, aber auch durch einen erzwungenen Lastenausgleich, den die Städte und Kommunen Westdeutschlands zu leisten hatten.
- Städte in Ostdeutschland, die persistente Potenziale aus der Zeit vor und während der DDR aufweisen konnten, haben sich besonders positiv und erfolgreich entwickelt.
- Die schon früher bekannten Probleme der kleinen Städte und der Dörfer in ländlichen Regionen sind zurückgekehrt, haben sich in manchen Regionen sogar verstärkt. Die Folgen der Abwanderung und Alterung dieser Regionen werden

völlig neue Formen der Daseinsfürsorge erforderlich machen.

- Mit der deutschen Wiedervereinigung ist der deutsche Föderalismus vielfältiger geworden. Er hat sich als Strukturelement des deutschen politischen Systems – im Zusammenspiel zwischen den Ebenen und Zuständigkeiten des Bundes, der Länder und der Kommunen – bewährt. Es steht zu erwarten, dass seine Ausgleichspolitik sich in Zukunft nicht mehr nur dem Osten der Republik zuwenden wird, sondern allen Städten, Kommunen und Regionen, die vergleichsweise schlechter dastehen.
- Es war zu erwarten, dass die Transformationsprozesse längere Zeiträume einnehmen würden – mindestens den Zeitraum einer Generation, der mit dreißig Jahren anzusetzen ist.
- Es war auch zu erwarten, dass diese Prozesse nicht fehlerfrei und ohne Irrwege, zudem nicht gleichmäßig und nicht überall ablaufen würden. Dem ist auch so gewesen. Aber über die Zeit hat sich vieles eingependelt. Dies gilt auch für die menschlichen und sozialen Anpassungsprozesse, die zu leisten gewesen waren. Sie wären wert, gesondert darzustellen. Quelle dafür könnten nicht zuletzt die wachsende Zahl von Veröffentlichungen sein, die Lebensläufe in der DDR zum Thema haben – insbesondere auch solche aus dem Bereich der Belletristik.
- Last not least: Die Befürchtungen, mit der Wiedervereinigung würde in der Mitte Europas ein „Riese“ entstehen, der das europäische Gleichgewicht auseinander bringt, haben sich nicht bewahrheitet. Deutschland als Teil der Europäischen Union, die auch zur Bewältigung der Transformation beigetragen hat, ist mit seiner föderalistischen Struktur und seinem ausdifferenzierten Städtesystem ein für Europa stabilisierendes politisches System.

18 Bleibt ein kurzes Schlusswort.

Räumliche Entwicklungen – in Stadt und Land – sind nie endgültig. Sie bauen über

die Zeit betrachtet aufeinander auf oder werden willentlich in Richtungen geändert, die eine bewusste Trendwende signalisieren sollen. Solche Brüche können ihrerseits wieder gewendet werden, was nicht einen historisch früheren Zustand dupliziert, jedoch an gekannte Strukturen anknüpft, diese wieder zum Tragen bringen kann.

Das Berliner Stadtschloss der Hohenzollern ist hierfür ein gutes und zudem aktuelles Beispiel:

- Seine Lage in der Mitte Berlins als zentrales Symbol einer monarchischen Herrschaft,
- sein endgültiges Ausradieren nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg durch die von Walter Ulbricht verfügte Sprengung,
- die darauf folgende Konstruktion eines Palastes (!) der Republik, der staatliche

Funktionen mit populärer Unterhaltung verband,

- das Abtragen dieses zentralen Symbols der DDR, allerdings unter der technischen Vorgabe einer Asbestbelastung, und
- die Rekonstruktion dieses Schlosses in einer rein äußeren Form als Referenz an die preußische Vergangenheit Berlins zum Zwecke zukünftiger kultureller Expositionen, ohne staatliche Funktionen wohlgemerkt. Und daneben steht der Fernsehturm der DDR – frisch renoviert – als letztes Symbol der früheren Hauptstadt der DDR, Berlin.

All dies, diese Reihen- und Abfolge, signalisiert mehr als viele andere Beispiele Kontinuitäten, Persistenzen, Umbrüche und Neuanfänge von gesellschaftlichen Entwicklungen und ihren Niederschlag im Raum.

Literatur als Referenz und Anregung

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung; BfLR – Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), 1990: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4/5 – Dokumentation einer Tagung der Werner Reimers Stiftung am 19. und 20.3. 1990 zur räumlichen Forschung in der DDR. Köln.

Ash, Timothy Garton, 1981: „Und willst du nicht mein Bruder sein...“. Die DDR heute. Reinbek.

Bauakademie der DDR (Hrsg.), 1990: Gesellschaftskonzeption und Stadtentwicklung. Dokumentation eines wissenschaftlichen Symposiums der Bauakademie der DDR am 17.1. 1990 in Berlin. Heft 274 der Reihe Bauforschung – Baupraxis. Berlin (Ost).

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2007: Regionalbarometer neue Länder. Sechster zusammenfassender Bericht. Berichte Band 28. Bonn.

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2000: Stadtentwicklung und Städtebau in Deutschland. Ein Überblick. Band 5 der Berichte. Bonn.

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2000: 10 Jahre Transformationsprozesse in der Mitte Europas. Heft 7/8 der Informationen zur Raumentwicklung. Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), 2010 : 20 Jahre deutsche Einheit – zwei Dekaden im Rückblick. Informationen zur Raumentwicklung, 10/11.2010. Bonn.

Becker, Annette (Hrsg.), 1997: Regionale Strukturen im Wandel. Beiträge zum Bericht 5 „Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses“ der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW). Opladen.

Betker, Frank, 2005: „Einsicht in die Notwendigkeit“. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945–1994). Stuttgart.

Bernhardt, Christoph; Flierl, Thomas; Welch Guerra, Max (Hrsg.), 2012: Städtebau-Debatten in der DDR. Verborgene Reformdiskurse. Berlin.

Blackbourn, David, 2006: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft. München.

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, 2013: Stadtentwicklungsbericht 2012. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 17/14450 des Deutschen Bundestags, 17. Wahlperiode vom 22.7.2013.Berlin.

- Bräunig, Werner et al., 1969: Städte machen Leute. Streifzüge durch eine neue Stadt. Halle (Saale).
- Dahn, Daniela, 1997: Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit. Hamburg.
- Dase, Martina; Lüdtke, Jürgen; Wollmann, Hellmut, 1989: Stadterneuerung im Wandel – Erfahrungen aus Ost und West. Internationales Symposium Berlin, 27.–29. Oktober 1988. Basel-Boston-Berlin.
- Dittrich, Volker, 2015: Wem gehört das Haus in Chemnitz? Marburg.
- Esser, Hartmut (Hrsg.), 2000: Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland. Wiesbaden.
- Hannemann, Christine; Kabisch, Sigrun; Weiske, Christine, 2002: Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands. Berlin.
- Hauswald, Harald; Rathenow, Lutz, 2006: Gewendet. Vor und nach dem Mauerfall: Fotos und Texte aus dem Osten. Berlin.
- Häußermann, Hartmut, Neef, Rainer (Hrsg.), 1996: Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und räumliche Tendenzen. Opladen.
- Hunger, Bernd; Bock, Dieter; Meier, Christiane, 1990: Städtebauprognose. Städtebauliche Grundlagen für die langfristige intensive Entwicklung und Reproduktion der Städte. Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, Nr. 42. Berlin. (erstmalig im November 1989 durch Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur als Herausgeber).
- Kil, Wolfgang, 2000: Gründerparadiese. Vom Bauen in Zeiten des Übergangs. Berlin.
- Kirchner, Jörg, 2010: Architektur nationaler Tradition in der frühen DDR (1950 – 1955). Zwischen ideologischen Vorgaben und künstlerischer Eigenständigkeit. Dissertation an der Universität Hamburg. Hamburg.
Zugriff: <http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2010/4774/pdf/eDissertation.pdf> (abgerufen am 1.9.2015)
- Klein, Olaf Georg, 1994: Plötzlich war alles ganz anders. Deutsche Lebenswege im Umbruch. Köln.
- Koskiahio, Britta; Staufienbiel, Fred et al. (Hrsg.), 1979: Lebensweise und Lebensniveau. Wohnen und Wohnumwelt. Tampere.
- Kuczynski, Rita, 2005: Ostdeutschland war nie etwas Natürliches. Berlin.
- Land, Rainer (Hrsg.), 1990: Das Umbaupapier (DDR). Argumente gegen die Wiedervereinigung. Berlin.
- Ludz, Peter Christian, 1964: Studien und Materialien zur Soziologie der DDR. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 8. Köln und Opladen.
- Ludz, Peter Christian, 1974: Deutschlands doppelte Zukunft. Bundesrepublik und DDR in der Welt von Morgen. Ein politischer Essay. München.
- Marcuse, Peter, 1990: A German Way of Revolution. DDR-Tagebuch eines Amerikaners. September 1989 bis Juli 1990. Berlin.
- Merkel, W.; Wahl, S., 1991: Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989. Schriften des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG Bonn). Bonn.
- Merton, Robert, 1980: Auf den Schultern von Riesen. Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Gelehrsamkeit. Frankfurt (Zuerst 1965 mit dem Titel „On the Shoulders of Giants“ in den USA erschienen).
- Musil, Jiri; Strubelt, Wendelin, 1997: Räumliche Auswirkungen des Transformationsprozesses in Deutschland und bei den Nachbarländern. KSPW: Transformationsprozesse, Band 25. Opladen.
- Richter, Peter, 2004: Blühende Landschaften. Eine Heimatkunde. München.
- Schäfer, Uta (Hrsg.), 1997: Städtische Strukturen im Wandel. Beiträge zum Bericht 5 „Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses“ der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW). Opladen.
- Schroeder, Klaus, 2000: Der Preis der Einheit. Eine Bilanz. München.
- Strubelt, Wendelin (Hrsg.), 1997: Jena. Dessau. Weimar. Städtebilder der Transformation. 1988 – 1990, 1995 – 1996. Schriftenreihe KSPW: Transformationsprozesse, Band 29. Opladen.
- Strubelt, Wendelin et al., 1996: Städte und Regionen. Bericht 5 der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW). Opladen.
- Strubelt, Wendelin (Hrsg.), 2010: Der gebändigte Raum. Bilder und Texte zur Raumnutzung in Deutschland. Photos von Jürgen Hohmuth. Tübingen.
- Strubelt, Wendelin; Briesen, Dettlef (Hrsg.), 2015: Raumplanung nach 1945. Kontinuitäten und Neuanfänge in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt, New York.
- UN – United Nations. Economic Commission for Europe, o.J. (1989): Proceedings from the Sixth Conference on Urban and Regional Research in Leipzig, 17–21 October 1988. Als Manuskript gedruckt. Berlin (Ost).
- Wagner-Kyora, Georg, 2004: Graue Diven erfinden sich selbst. Akteurshandeln und Identitätskonstruktion in Entscheidungsprozessen über die Altstadtsanierung von Halle und Leipzig 1990 bis 2003. In: Ranft, Andreas; Selzer, Stephan (Hrsg.): Städte aus Trümmern. Katastrophenbewältigung zwischen Antike und Moderne. S. 201–273, Göttingen.
- Wollmann, Hellmut; Wiesenthal, Helmut; Bönker, Frank (Hrsg.), 1995: Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfalls. Leviathan, Sonderheft 15. Opladen.